

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Beitzelle 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beitzelle im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Korbennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unänderlicher Anzeigen in

Samstag
18
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlichem Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Akademie: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird taunisch bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 10 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Waffenstillstand und Friedensschluss.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Aus Amsterdam wird der „Adm. Ztg.“ berichtet: Wie eine amtliche Note meldet, sind die neuen Forderungen des Verbandes militärischer, diplomatischer, ökonomischer und finanzieller Art. Ueber die Forderungen militärischer Art schreibt das „Journal des Debats“: Der Oberste Kriegsrat hat beschlossen, die beiden in Frankreich befindlichen polnischen Divisionen sofort nach Danzig zu entsenden und ihnen gleich starke alliierte Kräfte zuzufügen. Diese Truppen sollen die Eisenbahnlinie Thorn-Danzig besetzen. Die Forderungen diplomatischer Art sollen in einer Aufforderung an Deutschland bestehen, die Paragraphen 6 und 13 (Räumung des gesamten russischen Gebietes; Bildung des polnischen Staates) des Wilsonschen Programms zu beachten. In ökonomischer Hinsicht wird die Lage der deutschen Handelsmarine und der deutschen Häfen besprochen werden.

„Der Friede wird ein diffiziler sein.“

Die „Times“ schreibt nach einem Bericht der „Adm. Ztg.“: Es ist unmöglich zu sagen, wie lange die Friedenskonferenz dauern wird. Große Anstrengungen sind gemacht worden, um sie abzukürzen, denn alle alliierten Nationen streben danach, zu ihren friedensmäßigen Gewohnheiten zurückzukehren und diese Gewohnheiten in allen anderen Ländern wiederherzustellen. Wenn die Konferenz der Alliierten sich über die Bedingungen des Präliminarfriedens geeinigt haben wird, werden diese dem Feinde zur Annahme vorgelegt werden. Der Friede wird ein diffiziler Friede sein, obgleich die Bedingungen unendlich viel milder sein werden als die, die Deutschland, wie es Rumänien gezeigt hat, uns auferlegen wollte.

50 Milliarden Schadenersatzforderungen.

Ueber die Höhe der feindlichen Schadenersatzforderungen äußerte sich Staatssekretär Erzberger, wie aus Stuttgart, 14. Januar, gemeldet wird, nach einer Konferenz mit den süddeutschen Eisenbahnministern wie folgt: Marshall Foch stellte als einmalige Entschädigung für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden, für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden, also insgesamt 50 Milliarden, in Aussicht. Als Sicherheit werden die Alliierten die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forsten fordern.

Die Grundzüge des Völkerbundes.

Das Pariser Blatt „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung mit Boutgeois. Dieser sagte, daß er in Uebereinstimmung mit Clemenceau folgenden Vorschlag machen werde:

1. Vor Eröffnung der Friedensunterhandlungen werden die verbündeten Nationen die feierliche Erklärung abgeben, daß sie die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit als Prinzipien des Völkerbundes annehmen, und daß sie sich verpflichten, diese sofort und später untereinander immer zu berücksichtigen. 2. Die verbündeten Nationen werden in den Friedensvertrag Schiedsgerichtshöfe und Beschränkung der Rüstungen aufnehmen und sich allen daraus hervorgehenden Verpflichtungen unterwerfen. 3. Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens wird eine Weltkonferenz zusammengetreten, damit nach Prüfung die Ansprüche und Garantien, welche die andern nicht zum Verband gehörenden Staaten gestellt haben, genehmigt werden können. 4. Nur verhandlungsfähige Nationen, deren Regierungen auf einer gefunden und kräftigen Basis gegründet sind, können als Mitglied zum Völkerbund zugelassen werden. 5. Die durch den Völkerbund etwa vorzunehmenden Bestrafungen werden friedlichen Charakter haben und hauptsächlich diplomatisch-juristischer Natur sein. Die Staaten, die sich gegen den Völkerbund auflehnen, würden in eine Lage unerträglicher Isolierung kommen, und zwar durch die dann vom Völkerbund zu ergreifenden Maßnahmen, durch die diesen Staaten die Lieferung von Rohstoffen vorenthalten wird. Sie werden vom Weltmarkt und vom Handel zu Lande und zur See durch eine wirksame Blockade ausgeschlossen werden.

Der Polizeidienst auf dem Rhein.

Die „Adm. Ztg.“ teilt folgenden französischen Funkpruch mit: Sechs Patrouillenboote der Rheinflotte sind soeben in Mainz angekommen. Drei andere sind im Begriff, nach

Roblenz abzugehen. Aufgabe der Flottille ist der Polizeidienst und die Verhinderung unerlaubten Verkehrs auf dem Rhein. Die Arbeit der Patrouillenboote wird in der Nacht durch Scheinwerfer erleichtert.

Die Neugestaltung des auswärtigen Dienstes.

Die seit langer Zeit als notwendig erkannte Reform des auswärtigen Dienstes wird jetzt, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, auf Veranlassung des Staatssekretärs des Äußern Grafen Brodtkorf-Ranzau energisch betrieben, und zwar soll zunächst die bereits seit geraumer Zeit begonnene Neugestaltung des wirtschaftlichen Auslandsdienstes als besonders dringend durchgeführt werden. Der bisherige Handelsattaché der Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Dr. Helmut Töpfer, wird hierbei dem auswärtigen Amte zur Seite stehen. Er ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Der neue Unterstaatssekretär hat durch seine vierjährige Tätigkeit in Kopenhagen die Erfordernisse des wirtschaftlichen Auslandsdienstes in der Praxis aufs eingehendste kennen gelernt. Er ist kein Berufsdiplomat, sondern tritt als Chemiker und industrieller Kaufmann unvoreingenommen an seine Aufgabe heran. Er ist 41 Jahre alt, seine Heimat ist Stettin. 1899 erwarb er in Breslau den philosophischen Doktorgrad auf Grund einer physikalischen und chemischen Arbeit.

Sonntag
19
Januar

Jeder Wahl-
berechtigte
morgen
seine Pflicht!

Die Gefahr des Bolschewismus.

Liebknecht auf der Flucht erschossen. — Rosa Luxemburg mißhandelt und später von einem Unbekannten erschossen.

Aus Berlin, 16. Januar, wird berichtet: Am Mittwoch Abend hatten sich Liebknecht und Rosa Luxemburg in einen ihrer Schlafwinkel, im Hause Mannheimer Straße 43, begeben, wo sie schon öfter in der Familie des Wilmerdorfer Genossen Marcussen Unterkunft gefunden hatten. Das ganze Haus wurde von Kriminal- und Sicherheitsbeamten umstellt. Um 8 Uhr drangen die Beamten in die Wohnung des Marcussen ein und nahmen ihn, seine Frau, Liebknecht und Rosa Luxemburg gefangen. Liebknecht wurde nach dem Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützendivision am Rurfsendamm in das Edenhotel gebracht, wo er sofort verhört wurde. Anfänglich leugnete Liebknecht und behauptete, Marcussen zu heißen. Eine Gegenüberstellung mit Frau Marcussen ergab jedoch, daß man den richtigen Mann erfaßt hatte. Später gab dann Liebknecht zu, der Gesuchte zu sein. Der diensttuende Offizier teilte ihm mit, daß er nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht werden würde. Liebknecht wurde hierauf zu einem an einem Seitenausgang vorgefahrenen Kraftwagen gebracht, die Menge hatte jedoch den Vorgang beobachtet, und im nächsten Augenblick war der Verhaftete von einem schreienden Menschenhaufen umgeben, die unter dem Rufen: „Nieder mit Liebknecht!“, „Schlagt den Mörder tot!“ auf ihn eindrangten. Jemandem gelang es, dem Gefangenen mit einem Stock einen so schweren Schlag über den Kopf, daß er eine stark blutende Wunde davontrug. Die hinzueilende Wache brachte Liebknecht nun in das Auto, das schnellstens davonfuhr, um den Gefangenen vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. Unterwegs im Tiergarten erlitt der Kraftwagen eine Panne, und der Chauffeur erklärte, daß die Reparatur längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Der Führer des Transports fragte den Verhafteten, ob seine Wunde ihm erlaube, bis zur Hofjägerallee zu Fuß zu gehen. Von dort wollte man den Festgenommenen in den nächstbesten Wagen weiterbefördern. Liebknecht erklärte, daß er gehen könne, und verließ den Kraftwagen. Etwa fünfzig Meter schritt er neben seinem Begleiter einher. Als der Trupp in die Nähe der Wägen kam, stieß Liebknecht im Schutze des Dunkels den Transportführer beiseite und entflo. Die Wachmannschaft rief

ihm ein dreimaliges „Halt!“ nach und gab dann, als er nicht stehen blieb, mehrere Schüsse ab. Von zwei Kugeln durchbohrt, sank Liebknecht zu Boden und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Man rief ein Droschkenauto herbei und brachte Liebknecht nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Eine Stunde nach der Einlieferung Liebknechts wurde auch Rosa Luxemburg unter starker militärischer Bedeckung zum Divisionsstab gebracht. Bei dem Verhör gab sie unumwunden zu, die Gesuchte zu sein, und protestierte gegen ihre Gefangennahme, die lediglich durch die Reichsregierung erfolgen dürfe. Der Offizier vom Dienst erklärte ihr, daß ihre Verhaftung nur ein Provisorium sei und daß man sie nach Moabit schaffen müsse, um weitere Befehle der Regierung abzuwarten. Als sie abgeführt werden sollte, hatte sich eine größere Menschenmenge vor dem Hotel angesammelt. Der Führer trat mit ausgebreiteten Armen vor Frau Luxemburg, um ihr den Platz frei zu machen, aber die Menge stürzte sich auf die kleine Person und schlug sie nieder. Verwundet wurde Frau Luxemburg ins Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, sprang ein Mann auf Treibrett und gab einen Schuß auf sie ab. Um Weiterungen zu vermeiden, wurde der Wagen nun in schnellster Gangart gebracht und kam so an die Brücke zwischen Rurfsendamm und Hühnerstraße. Dort wurde der Wagen durch Rufe angehalten. Man glaubte, es handle sich um die Wache und ließ den Wagen stillstehen. In demselben Augenblick stürzte sich die Menge auf das Auto, riß den Körper der schon Verstorbenen heraus und verschwand damit in der Dunkelheit. Es war bisher nicht möglich, die Leiche zu finden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehkanal geworfen worden; alles Suchen danach war aber bis jetzt vergebens.

Die Lage in Berlin.

Die planmäßige Entwaffnung der aufrührerischen Berliner Bevölkerungsteile hat am Dienstag früh begonnen. Der Stadtteil Moabit wurde zuerst besetzt, bis zum Verbindungsstamm. Die dortigen Brückenübergänge sind gleichfalls besetzt, ebenso der Landesausstellungspark und die Siemens-Schudertwerke. Die Befehle, die unblutig verlaufen ist, und die Entwaffnung wird durchgeführt, damit keine Störung der Wahlen möglich ist. Außer Moabit sind auch alle westlichen Vororte und Neukölln von starken Truppendeilen besetzt worden. Die Truppen führen zahlreiche Artillerie und Tanks mit sich, die schubbereit in den Straßen stehen und den Entwaffnungen den erforderlichen Nachdruck geben. Jede Menschenansammlung auf der Straße ist untersagt. Die Schutzmannschaft ist seit einigen Tagen auch wieder bewaffnet. Die Marineteilung hat ihre Waffen ebenfalls zurückerhalten, da sie als vollkommen regierungstreu gilt.

Das Untersuchungsgefängnis in Moabit, in dem etwa 600 Spartakusleute interniert sind, ist militärisch stark bewacht. Ledebour und Dr. Meyer befinden sich in einem Raum des früheren Kgl. Schlosses in Haft. Die Frage, ob militärische Standgerichte oder bürgerliche Gerichte die Verhafteten abzuurteilen haben, ist von der Regierung in letzterem Sinne entschieden worden.

Ein bayerischer Ausschuss.

Die bayerische Regierung hat einem Bericht aus München zufolge einen Ausschuss eingesetzt zur Durchführung der Sozialisierung im Anschluß an die Sozialisationskommission in Berlin. In dem Arbeitsplan steht als erster Punkt die Wiederbelebung der Produktion und ein länger während organisatorischer Aufbau. Der Bauernbesitz soll frei von staatlichen Eingriffen bleiben, dagegen soll die Frage des Großgrundbesitzes der Entscheidung zugewiesen werden. Dem Ausschuss, der unter Führung des Finanzministeriums und des Ministeriums des Äußern steht, gehören an Vertreter der Industrie, der Arbeiterschaft, der Angestellten, der Wissenschaft und der beteiligten Ministerien.

Die Anstellung der Reichsbeamten.

Nach einer im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Regierungsverordnung, die mit Wirkung vom 12. November 1918 in Kraft tritt, steht dem Rat der Volksbeauftragten das Recht zu, auf Grund der Vorschläge der zuständigen Ressorts Reichsbeamte zu ernennen und zur Ruhe zu setzen. Die Anstellungsurkunden werden in Zukunft vom Rat der Volksbeauftragten erteilt, soweit sie früher eine kaiserliche

Bestallung enthielten, für die übrigen bleiben die bisherigen Stellen zuständig. Die Urkunden werden im Namen des Reichs ausgefertigt.

Das Ende der J. G. G.

Am 1. Januar 1919 sind einem Bericht aus Berlin zufolge alle die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland bearbeitenden Warenabteilungen der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft von den Geschäftsabteilungen der für die inländische Bewirtschaftung zuständigen Reichsstellen übernommen worden, die also nunmehr sämtliche die Lebensmitteleinfuhr betreffenden Fragen zu bearbeiten haben. Damit hat die Tätigkeit der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft aufgehört. Ihrer Zentralverwaltung bleibt nur noch die Aufgabe, die Abwicklung der noch schwebenden Verbindlichkeiten herbeizuführen.

Aus dem Reiche.

Berichten aus Düsseldorf ist zu entnehmen, daß bei den blutigen Vorgängen am vorigen Freitag nach den endgültigen Feststellungen der Stadtverwaltung insgesamt 13 Personen ihr Leben eingebüßt haben, darunter zwei Frauen.

In Buer (Westfalen) kam es am Montag früh ebenfalls zu bedauerlichen Zusammenstößen. Dort hatten Spartakusleute seit einigen Tagen das Rathaus besetzt und terrorisierten die Bevölkerung. Um diese Banditen zu vertreiben, rüdten Regierungstruppen gegen das Rathaus vor, in dessen Turm die Spartakisten sich verschanzt hatten. Nach einigen blinden Schüssen der Regierungstruppen eröffneten die Spartakisten das Feuer auf die Truppen. Bei dem Feuergefecht — es sollen 5 bis 6000 Schuß, auch aus Maschinengewehren, abgegeben worden sein — gab es fünf Tote und viele Verwundete. Ob die Niederzwingung der Spartakisten gelungen ist, geht aus den heute vorliegenden Berichten nicht hervor.

Die Lage in der Ostmark.

Eine Rundgebung der Reichsregierung.

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Tagtäglich laufen zahlreiche Rundgebungen aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in der die deutsche Bevölkerung gegen die politischen Annerkennungsbestrebungen Widerspruch erhebt und den unerschütterlichen Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reiche vereint zu bleiben. Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen wird, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverband ausschelden.

Protestanten und Zentrum.

Die Zentrumsparlei in Berlin hat als Kandidaten für die preußische Nationalversammlung den Professor der evangelischen Theologie an der Berliner Universität, Dr. Dunkmann, aufgestellt.

Finst der Großherzogin von Luxemburg.

Aus Luxemburg, 14. Januar, wird berichtet: Die Großherzogin Adelheid ist gestern aus der Hauptstadt geflüchtet. Ihr Aufenthalt ist nicht bekannt. Sie soll sich aber noch in der Umgebung der Stadt befinden. Vor dem Schloß haben in den letzten Tagen bedrohliche Rundgebungen stattgefunden. Die Republik wurde jetzt in aller Form verkündet.

Gestürzte türkische Größen.

Aus Berlin meldet das W. B.: Nach Äthener Meldungen verurteilte das türkische Kriegsgericht Enver Pascha und Djemal Pascha als Deserteure zur Degradation und zu einem Jahr Gefängnis.

Kleine Meldungen.

Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung dürfte infolge der Schwierigkeit der Stimmzählung unter dem Verhältniswahlrecht frühestens am 25. Januar bekannt gegeben werden können.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 18. Jan. Die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für die zur Abgabe einer solchen Verpflichteten läuft mit dem 20. Januar ab; wenn also nicht Verlängerung dieser Frist antragsgemäß gewährt wurde, tut gut, obigen Termin einzuhalten oder längstens bis Montag vom Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission beim hiesigen Landratsamt unter Darlegung der Gründe Ausstand zu erwirken, bei Vermeidung eines Zuschlages von fünf Prozent.

* Der heutigen Nummer liegen Wahlausrufe der Deutschen Demokratischen Partei bei, worauf wir unsere Leser auch hier aufmerksam machen.

Von nah und fern.

Biebrich, 16. Jan. Zwei in der hiesigen Elisabethenstrasse wohnhafte Frauenpersonen haben vor einigen Tagen in Wiesbaden auf der Straße Schwestern vom französischen Roten Kreuz belästigt. Von der französischen Kommandantur sind sie deshalb mit einer sofort anzutretenden 15tägigen Haftstrafe belegt worden.

Mainz, 16. Jan. Ein für eine Fabrik in Höchst a. M. bestimmter Treibriemen wurde in einer hiesigen Lagerhalle nebst 50 Flaschen Wein gestohlen. Den Treibriemen, im Werte von 6000 M fand man bei einer Hausdurchsicht in zerstücktem Zustand bei einem hiesigen Sattlermeister. Erstoßte, 16. Jan. Ab Sonntag ist die Sperrung des Fernsprechers innerhalb des Rheingaus aufgehoben. Nur von Gasthäusern und Hotels aus darf auch ferner nicht gesprochen werden.

Braunbach, 15. Jan. Das Herumstreifen von Kindern

bei Dunkelheit war hier bereits ausgeartet, daß unsere Polizei zu einem drastischen Mittel griff. Diese Unverbesserlichen wurden ergriffen und einige Stunden eingesperrt. Das half. Saag, 13. Jan. Während des Krieges ist, nach einer New Yorker Meldung, in Amerika eine neue Methode zur Aufnahme drahtloser Meldungen erfunden worden, und zwar mittels unterirdischer Stationen, wo eine Wasserfläche als Empfänger dient. Dieses Verfahren soll weniger kostspielig sein als das der Antennen usw. Es gelang viel besser, drahtlose Meldungen aus Europa unterirdisch als durch das gewöhnliche System aufzunehmen. Die Erfindung wird auch für Unterseeboote von großer Bedeutung sein, die dadurch Gelegenheit haben, mit sehr einfachen Apparaten drahtlose Meldungen aufzunehmen, ohne auszutauchen. Es gelang dem Erfinder Rogers sogar, mit den neuen Apparaten Meldungen unter Wasser aufzugeben, jedoch vorläufig nur über eine Strecke von etwa zwei Meilen.

Künstliche Zähne mit u. ohne Gaumenplatte

Garantie für gold u. Silber.

Stiftzähne, Kronenplomben in Gold u. Silber.

Zahnziehen vollständig schmerzlos.

Anton Steyer, Zahntechniker,

Königstein im Taunus, Hauptstrasse 33.

Behandlung von Mitgliedern der Orts- und anderen Krankenkassen.

Amliche Bekanntmachungen.

Betr. Passierscheine.

Mit Bezug auf die diesl. Bekanntmachung in Nr. 3 der Taunus-Zeitung werden die Einwohner darauf hingewiesen, daß bei Eintritt eines neuen Arbeitsverhältnisses die Ausfertigung der Dauerausweise sog. Sauf-Conduits, für das befehete (außerhalb des militärischen Kreises liegende Gebiet) sowohl wie für das unbefehete Gebiet bis auf weiteres fortgesetzt wird. — Nach der Instruktion der Militärbehörde erhalten aber nur solche Personen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) Dauerausweise, welche durch Vorlage einer Arbeitsbescheinigung den Nachweis erbringen können, daß die Ausübung ihres Berufes einen fortwährenden Verkehr zwischen Wohnort und Arbeitsstelle bedingt. Für diejenigen Personen, die nur vorübergehend sowohl im befeheten wie unbefeheten Gebiet verkehren, hat die Militärbehörde Ausweise mit einer Gültigkeitsdauer von 1—10 Tagen vorgezeichnet. Dieselben können nach Bedarf des Einzelnen beantragt werden und kommen nur für folgende Fälle zur Ausfertigung: Ärztliche Behandlung (Spezialärzte, Klinik, Poliklinik), Zahnarzt, Tod, Trauer, Hochzeit von nahen Verwandten, Bankgeschäfte, Material-einkauf nur für Geschäftsinhaber, Hauseigentümer, Erbschaftsangelegenheiten, Besprechung mit Rechtsanwalt, bei Landwirten zum Einkauf von Futtermitteln und Maschinen.

In allen Fällen, insbesondere auch bei ärztlicher Behandlung, ist die Ausstellung des Ausweises von der Beibringung eines Nachweises bezw. Attestes abhängig.

Da die Militärbehörde strikte an diesen Bedingungen festhält, ist jeder Antrag der nicht unter diese Instruktion fällt, aussichtslos. Bei Dauerausweisen ist die Ausstellung 10 Tage, bei vorübergehenden Ausweisen 4 Tage vorher auf dem Paphbüro zu beantragen.

Für den militärischen Kreis (Arrondissement Königstein) sind von jezt ab die kleinen Passierscheine (Karten) eingeführt, die bereits zur Ausgabe gelangt sind. Diese werden auf Antrag, und zwar einstweilen mit einer Gültigkeitsdauer von 1 bis 14 Tagen ausgestellt. Um rechtzeitig in den Besitz derselben zu gelangen, müssen Anträge mindestens ein Tag vor Bedarf auf dem Rathaus in den Vormittagsstunden von 7^{1/2}—12^{1/2} Uhr gestellt werden.

Sobald die Dauerausweise sog. Sauf-Conduits zur Ausgabe gelangen, verlieren alle bisherigen für diese Gebiete ausgestellten Passierscheine ihre Gültigkeit. Sie müssen bei Vermeidung strenger Bestrafung durch die Militärbehörde nach Empfang der neuen Ausweise sofort auf dem Rathaus (Paphbüro) abgeliefert werden, ebenso sind Passierscheine jeder Art, sobald dieselben ungültig geworden sind, abzuliefern oder zu vernichten.

Königstein im Taunus, den 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Unter Hinweis auf die früher ergangenen Bekanntmachungen werden die Einwohner wiederholt aufgefordert jede Quartierleistung und jede Requisition bei dem Bürgermeisteramt anzumelden. Die Anmeldung hat spätestens 24 Stunden nach erfolgter Belegung zu geschehen. Ebenso ist jeder Ab- und Zugang anzuzeigen. Die Anmeldung der Quartiere für die abgezogenen Truppen hat, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort zu erfolgen. Die genaue Feststellung der Belegziffer läßt sich bei dem fortwährenden Wechsel nur erreichen, wenn Einquartierungen und Veränderungen von den Quartiergebern sofort gemeldet werden. Wer dies unterläßt, kann später keinen Anspruch auf Vergütung irgendwelcher Art machen.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Die Ausgabe der Milch

bei Schade & Füllgrabe erfolgt am Sonntag, 19. Januar, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr.

Königstein, den 18. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Auf Anordnung der Militärbehörde werden in Zukunft die genehmigten Passierscheine täglich vorm. um 9 Uhr und nachmittags um 3.30 Uhr, auf dem Rathaus herausgegeben. Außer diesen Stunden werden keine Scheine verabsolgt.

Königstein, den 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Betr. Kartoffelversorgung.

Nach Mitteilung der Reichskartoffelstelle ist es gänzlich ausgeschlossen, daß uns die noch fehlenden Kartoffelmengen geliefert werden. Es kann also niemand mehr auf eine weitere Zuweisung rechnen.

Wir haben uns daher als Ersatz gelbe Kohlraben gesichert, von denen ein Teil bereits eingetroffen ist. Die Ausgabe derselben erfolgt in unbeschränkter Menge am Montag, den 20. d. M. bei der Firma Schade & Füllgrabe. Der Ztr. kostet 9,50 M.

Wir empfehlen dringend sich jezt entsprechend mit Kohlraben zu versorgen.

Königstein im Taunus, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat. Brühl.

Die Landwirte und solche Personen, die Getreide im Wirtschaftsjahr 1918 geerntet haben, werden hiermit aufgefordert, innerhalb 14 Tagen das Getreide restlos auszubereiten. Der erfolgte Ausbruch ist zwecks Nachweisung auf dem Rathaus, Zimmer 7, anzumelden. Zuwiderhandlungen unterliegen der strengsten Bestrafung.

Königstein, den 15. Januar 1919.

Der Magistrat. Brühl.

Zentrumspartei Fischbach.

Unser Wählerbüro befindet sich im Hause Gottfried Gottschalk Wwe., Kirchstraße.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegersohnes, Schwagers, Onkels, Neffen und Vettors

Herrn Adam Dinges

sowie für die vielen Kranzspenden sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Die tieftrauernde Gattin:

Frau Maria Dinges, geb. Kugelman
und Kind und alle Verwandten.

Kelkheim, den 16. Januar 1919.

In beschränkter Anzahl noch zu haben

Kalenderblocks

mittlere und kleine, sowie Portemonnaiekalender in der Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein.

Verkauf bis auf weiteres in meiner Wohnung

Zigarren und Zigaretten in allen Preislagen.

Zigarren von 25 Pfg. an, Zigaretten von 8 Pfg. an.

TABAK,

Kau- u. Schnupftabak.

Bei größerem Bedarf erbitte Vorausbestellung.

Konrad Villmer, Packgasse 6 : Königstein.

Königstein, den 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Unter Hinweis auf die früher ergangenen Bekanntmachungen werden die Einwohner wiederholt aufgefordert jede Quartierleistung und jede Requisition bei dem Bürgermeisteramt anzumelden. Die Anmeldung hat spätestens 24 Stunden nach erfolgter Belegung zu geschehen. Ebenso ist jeder Ab- und Zugang anzuzeigen. Die Anmeldung der Quartiere für die abgezogenen Truppen hat, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort zu erfolgen. Die genaue Feststellung der Belegziffer läßt sich bei dem fortwährenden Wechsel nur erreichen, wenn Einquartierungen und Veränderungen von den Quartiergebern sofort gemeldet werden. Wer dies unterläßt, kann später keinen Anspruch auf Vergütung irgendwelcher Art machen.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Die Ausgabe der Milch bei Schade & Füllgrabe erfolgt am Sonntag, 19. Januar, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr.

Königstein, den 18. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Auf Anordnung der Militärbehörde werden in Zukunft die genehmigten Passierscheine täglich vorm. um 9 Uhr und nachmittags um 3.30 Uhr, auf dem Rathaus herausgegeben. Außer diesen Stunden werden keine Scheine verabsolgt.

Königstein, den 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Unter Hinweis auf die früher ergangenen Bekanntmachungen werden die Einwohner wiederholt aufgefordert jede Quartierleistung und jede Requisition bei dem Bürgermeisteramt anzumelden. Die Anmeldung hat spätestens 24 Stunden nach erfolgter Belegung zu geschehen. Ebenso ist jeder Ab- und Zugang anzuzeigen. Die Anmeldung der Quartiere für die abgezogenen Truppen hat, soweit dies noch nicht geschehen ist, sofort zu erfolgen. Die genaue Feststellung der Belegziffer läßt sich bei dem fortwährenden Wechsel nur erreichen, wenn Einquartierungen und Veränderungen von den Quartiergebern sofort gemeldet werden. Wer dies unterläßt, kann später keinen Anspruch auf Vergütung irgendwelcher Art machen.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Die Ausgabe der Milch bei Schade & Füllgrabe erfolgt am Sonntag, 19. Januar, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr.

Königstein, den 18. Januar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Für die Lebensmittelversorgung:

Bescheinigungen

über abgelieferte Grotharten-Abchnitte, Zuckerarten-Abchnitte, Zucker-Verbrauchs- und -Bestands-Anzeige, Mehlerverbrauchs-Nachweisung.

Hausfleischungs-Scheine vorrätig und zu haben in der

Druckerei der

Taunus-Zeitung,

Königstein, Fernruf 44 : Hauptstraße 41.

Neu angekommen:

Kuh- u. Ziegen-Zentrifugen (System Lanz-Mannheim) erstklassige Ware

Zugketten- und Tauer

Stirnloch- und Halsriemen für Kühe

Stöcke, Pfeifen, Spielwaren, Nickel-Uhrketten, Brieftaschen und Portemonnaies usw.

L. Lanz, Sattlermeister, Eppstein, Hauptstr. 35.

Wegen Blutmangel

junge Fährküh

(3 Kühe) zu verkaufen

Schneidbald, Dornstr. 3.

Leichter

Einspänner-Wagen

gekauft. Angebote an

Haus Tannech, Eppenhain.

Trauer-Drucksachen

durch Druckerei Kleinbühl, Königstein.